

PRESSEMITTEILUNG

GKV bremst Psychotherapie-Weiterbildung: unith e.V. warnt vor Versorgungsnotstand

Frankfurt am Main, 11. Juli 2025. Der Dachverband der universitären Aus- und Weiterbildungsambulanzen und Hochschulambulanzen, unith e.V. kritisiert die aktuelle Position der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) zur psychotherapeutischen Weiterbildung scharf. Der GKV-Spitzenverband hatte am 26.06.2025 bekanntgegeben, die Finanzierung der Weiterbildung über die bisherigen Therapieleistungen hinaus strikt abzulehnen.

„Die Haltung der Kassen ist verantwortungslos“, erklärt Prof. Dr. Rudolf Stark, Vorsitzender von unith. „Ohne eine solide Finanzierung kann die dringend benötigte neue Weiterbildung nicht starten. Damit wird jungen Psychotherapeut:innen der Weg in die ambulante Versorgung blockiert – mitten in einer Zeit, in der psychische Erkrankungen stark zunehmen.“

Hintergrund ist die Reform der Psychotherapeutenausbildung von 2020, die eine neue, verpflichtende Weiterbildung für angehende Fachpsychotherapeut:innen vorsieht. Der Start verzögert sich jedoch, weil bislang unklar ist, wie diese finanziert werden soll.

Unith weist darauf hin, dass bereits jetzt zahlreiche Absolvent:innen der neuen Studiengänge in der Warteschleife stecken – ohne Perspektive, in die Versorgung einzusteigen. „Die Weigerung der Kassen, Verantwortung zu übernehmen, gefährdet die psychotherapeutische Versorgung von morgen“, so unith.

Kritik an Plänen zur „Versorgungssteuerung“

Auch die stellvertretende Vorsitzende Dr. Heike Winter kritisiert die Steuerungspläne der Krankenkassen scharf. Der GKV-Spitzenverband fordert unter anderem, die Zahl der Psychotherapeut:innen zu begrenzen und mehr verpflichtende Gruppentherapien einzuführen. „Damit würden die ohnehin viel zu langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz weiter steigen – mit gravierenden Folgen, vor allem für Kinder und Jugendliche“, warnt Winter. Gruppentherapien seien zwar günstiger für die Kassen, aber längst nicht für alle Patient:innen geeignet oder wirksam.

Zudem sollen laut den Kassen künftig mehr Therapieplätze ausschließlich über die Terminservicestellen vergeben werden. „Das beschneidet das Recht der Patient:innen auf freie Therapeut:innenwahl – und das ausgerechnet in einem so sensiblen Bereich wie der Psychotherapie“, betont Stark.

„Diese Vorschläge gehen klar zulasten der Patient:innen“, warnt unith. „Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen individuelle Hilfe – keine zentral gesteuerte Zuweisung oder Einschränkungen.“ Besonders kritisch sieht unith auch den Plan, die Vergütung der Psychotherapeut:innen zu kürzen und Sonderregelungen bei Honoraren zu streichen.

Appell an die Politik

Unith ruft die Politik auf, die unsinnigen und patientenschädigenden Forderungen der Krankenkassen entschieden zurückzuweisen und eine faire Finanzierung der Weiterbildung endlich sicherzustellen. „Es braucht jetzt klare politische Entscheidungen für eine zukunftsfähige psychotherapeutische Versorgung – und zwar im Sinne der Patient:innen, nicht der Kostenträger“, fordert der Verein.



Pressekontakt:

unith e.V.

Anna Zreik

Pressereferentin

presse@unith.de